

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Abonnement (für Monat drei Haus 2 RM. (halbjährlich 10 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Verpackungsgeld) / Verlag: Dresden Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-Alt / Geschäftl. u. Expeditions-
Abteilung: Dresden-Alt, Güterbahnhofstr. 2 / Fernschreib.: Altm. Dresden Nr. 17 259 / Drahtschreib.: Arbeiter-
stimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

3. Jahrgang Donnerstag, den 17. März 1927 Nummer 64

800 000 Metallarbeiter für den Kampf um den Achtstundentag

In der Metallindustrie, dem größten und wichtigsten Industriezweig Deutschlands, laufen zum 1. April eine große Anzahl betrieblicher Arbeitszeit- und Lohnverträge ab. In Kündigung oder die Metalltarife in den Bezirken Groß-Berlin, Pommern, Kabinenverträge, Ablaufstermin 6. April, Kreisland, Schlesien (mit Ausnahme des Bezirkes Leipzig), Halle, Magdeburg, Wittenberg, Anhalt, Großhärden, Frankfurt, Hessen, Württemberg, Baden, die Werftarbeiter, Lohnvertrag für die ganze Wasserstraßen. Diese am 1. April fälligen Verträge umfassen eine Anzahl von rund 800 000 Personen. Dazu kommt am 1. April auch der Tarifvertrag von zahlreichen Orts- und Branchentarifen in Metallgewerben in fast allen Bezirken des Reiches. Im Einzelnen verhandeln die Unternehmer den Achtstundentag durch eine Ausbeutung von 50 000 Metallarbeitern zu befehlen.

Leberstundenentschiedspruch für die mittel- deutsche Metallindustrie

Halle. Am Dienstag wurde über die Arbeitszeit für die Betriebe der mitteldeutschen Bezirke der Metallindustrie (Anhalt sowie die Regierungsbezirke Merseburg und Magdeburg umfassen) ein Schiedspruch gefällt, wonach die Arbeitszeit, die grundsätzlich 48 Stunden betragen soll, im Wesentlichen mit der Vertriebszeit bis zu 52 Stunden wöchentlich verlängert werden kann, und zwar ist die 19., 20., und 21. Stunde mit 10 vom Hundert Zuschlag, die 22. Stunde mit 15 vom Hundert Zuschlag zu bezahlen. Der Schiedsrichter wird darauf verurteilt, daß er erstmalig am 31. März 1928 mit beschwichtigem Urteil gefällig werden kann.

Das „Abkommen“ in Dresden

Zu der Erneuerung des Abkommens in der Metallindustrie stellen die Metallarbeiter folgende Forderungen:
1. Erhöhung des Lohnes auf 50 Pf. Stundenlohn
2. 44 1/2 Stundenwoche
3. 12 Tage Ferien.
Mit dem Industrieverband arbeiteten die Verhandlungen, mit dem Arbeitgeberverband wurde folgendes Abkommen getroffen:
Der Grundlohn wird von 48 auf 74 Pf. Spitzenstundenlohn erhöht. Die Arbeitszeit beträgt 48 Stunden, darüber hinaus sollen, da dem Unternehmer nicht zugemutet werden kann, Einstellungen vorzunehmen, drei Wochenstunden geleistet werden. In Ferien werden anstatt bisher 5 Tage jetzt 6 Tage bewilligt.
Für Löt- und Arbeiter erfolgt die Bezahlung mit 10 Prozent über den Grundlohn, für Lohnarbeiter nach dem Grundlohn. Dieser Tarif läuft bis zum 31. März 1928. Das Mantelabkommen bis 31. Juni 1928.
Diese Vereinbarungen sind ein Schandabkommen, für das die Gewerkschaftsführer die volle Verantwortung tragen. In der Praxis wird der seit der letzten Bewegung in Leipzig bestehende Zustand damit festgelegt, weiter nichts. Die am Montag stattfindende Funktionärskonferenz der Metallarbeiter muß dieses Abkommen entschieden zurückweisen.

Die bisherigen Tarife
Der obengenannten Bezirke leben Arbeitssitten von mehr als 40 Stunden vor. Da gegenwärtig der Kampf um die Verkürzung des Achtstundentages im Mittelpunkt steht, da selbst der KPD und der KPD seit Monaten den Kampf um den Achtstundentag im Munde führen, so bietet die heutige Tarifbewegung von 800 000 Metallarbeitern die beste Gelegenheit, den wichtigen und umfassenden Mobilisation für einen systematischen und erfolgreichen Kampf vorzubereiten. Die Aussicht auf einen Erfolg ist um so größer, als zurzeit allgemein eine Anhebung der Konjunktur in wichtigen Zweigen der Metallindustrie, Werken, Stahl- und Eisenzeugung, Elektroindustrie u. a., vor einer Hochkonjunktur zu verzeichnen ist.
Welche Politik und Taktik schlägt angesichts dieser Sachlage die Führung des DMB ein? — An der

Der Schiedspruch zeigt, daß die Leipziger Methode des DMB ihre Früchte trägt. Bisher hat man die Arbeitszeit nach „Anhängen des Betriebsrates“ verlängert, jetzt wird die dauernde Verletzung des Achtstundentages sanktioniert, „im Wesentlichen mit dem Betriebsrat“. Relativistische Bürokraten und Schlichter finden immer neue Bezeichnungen, um die Arbeiterkraft zu beschwächen und sie am wirklichen Kampf um den Achtstundentag zu hindern.
Der mitteldeutsche Schiedspruch ist von weittragender Bedeutung, nicht nur weil er sogar noch eine um eine Stunde längere Arbeitszeit als in Leipzig vorseht, und an die hunderttausend Metallarbeiter Mitteldeutschlands umfaßt, sondern weil er unter den acht großen Bezirken der Metallindustrie, die am 1. April fällig sind, der erste Schiedspruch ist. Nach seinem Wüter werden mit größter Wahrscheinlichkeit die Schiedsprüche in den übrigen Bezirken, in der Westindustrie, in Dresden-Chemnitz, Thüringen, Frankfurt-Hessen, Württemberg-Baden und vor allen Dingen in Berlin gefällt werden.

Mitteldeutschland berlangt die Ablehnung

Halle, 17. März. (Via Drahtmeldung.) Der Schiedspruch für die Metallarbeiter im Tarifgebiet Halle, Magdeburg, Anhalt, der bis 30-Stundenwoche vorliegt, hat förmliche Entrüstung hervorgerufen. Die Arbeiter in den Betrieben, die seit dreierlei Jahren mit der Verletzung der Arbeitszeit an der Rolle herumgeführt wurden, verlangen die Ablehnung des Schiedspruchs und den Kampf um die 48-Stundenwoche. Sie verlangen insbesondere eine sofortige Erhöhung der Löhne auf 50 Pf.

Tätigkeit der Verbandsinstanzen
Man muß nicht feststellen, daß fast die Hälfte aller Metalltarife in Kündigung steht. Im Verbandsorgan, der Metallarbeiterbewegung, ist von der umfangreichen Tarifbewegung so gut wie nichts zu sehen und zu merken. Die bezirklichen und örtlichen Verbandsinstanzen sind genau so passiv wie die Verbandsorgane. Die ganze Taktik beschränkt sich darauf, Verhandlungen vor den Schiedsgerichtsständen einzuführen und zu führen. Dagegen wird die notwendige Arbeit nicht gemacht, um eine Stellungnahme der Mitglieder zu den Tariffragen und Forderungen, schweizweige Mitglieder zu den Tariffragen herbeizuführen. Umgekehrt. Die Bureaufraße tut alles, um jede Aktivität, jede Bewegung in der Mitgliedschaft oder gesamten Metallarbeiterchaft zu verhindern.
In Branchen-, Stadtbezirks-, ja selbst Generalversammlungen wird die Besprechung von Tariffragen systematisch, weißlich „nicht zuständig“, unterdrückt. Es werden statt dessen langweilige Berichte oder Reden gegen die Kommunisten gehalten. Teilweise wird selbst Betriebsversammlungen verboten, über die schwebenden Lohn- und Arbeitszeitforderungen werden oder Beschlüsse zu fassen. Da, wo dies nicht verhindert werden kann, sabotiert oder mißachtet die reformistische Bureaufraße beratende Beschlüsse konsequent.
Ganz trotz tritt diese Methode bei der Werftarbeiterbewegung in Erscheinung. Zur Zeit des Kündigungstermines wurden in Hamburg und anderen Werken vom Verband öffentliche Werftarbeiterversammlungen und Betriebsfunktionärenkonferenzen abgehalten, aber auf keiner dieser Veranstaltungen wurde die Tarifkündigung und Aufforderung von Forderungen auf die Tagesordnung gesetzt. Ohne Unterbrechung der breiten Mitgliederbewegung ohne jede nachträgliche Mitteilung wurden von der Bureaufraße die Tarifkündigung und bestimmte Forderungen von der Unternehmer eingeleitet. Ja, es fanden schon am 15. März Verhandlungen statt. Doch die Mitgliedschaft weiß bis heute noch nicht, was für Forderungen von ihren Verbandsvertretern überhaupt gestellt sind. Sie weiß aus Gerüchten nur soviel, daß trotz Hochkonjunktur jämmerlich niedrige Lohnforderungen gestellt wurden.

Der Spruch von Halle zeigt erneut die Folgen der reformistischen Taktik, die jede Aktivierung der Massen unterdrückt und verhindert. Nur weil von der DMB-Betriebsleitung jede Massenaktion und Mobilisierung im Bezirk Halle-Magdeburg unterbunden wurde, konnte der Schlichter nach dreierlei-tägigem Ruhestand um den Arbeitszeittarif diesen pronatalen Spruch fällen. Er muß von den Metallarbeitern des Bezirks förmlich abgelehnt werden. Sie müssen den Kampf um den unzulänglichen Achtstundentag und die 46 1/2-Stundenwoche erzwingen.
Für die Metallarbeiter in Sachsen, Berlin und Süddeutschland ist der Spruch von Halle das Signal, sofort die Kampffront zu formieren, um in ihren Bezirken den Achtstundentag unter allen Umständen zu erzwingen.

Die Gefahren

Die Gefahren.
Die der Metallarbeiterbewegung, dem Kampf um den Achtstundentag und Lohnerhöhung aus der reformistischen Taktik erwachsen, sind riesengroß und jedem Arbeiter klar, wenn sie ihm dargestellt werden.
Hier ist das Feld, wo alle hasserfüllten Gewerkschaftsmitglieder sich mit Einigkeit ihrer ganzen Kraft betätigen müssen. Die erste Forderung, die überall, in jedem Betrieb, jeder Versammlung erhoben werden muß, ist:
Heraus mit den Tariffragen, mit den Forderungen über Lohn und Arbeitszeit aus der Dunkelkammer bürokratischer Konventikel und Schlichtungsbehörden aus dem Versteck der Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen.
Es geht um die Interessen aller Proletarier. Sie werden geschüttelt und geschüttelt, sie müssen bei Hungerlöhnen neun, zehn, zwölf und mehr Stunden schuften und zu Hunderttausenden arbeitslos auf der Straße verhungern. Sie sind daher die wahrhaft „Zukünftigen“, die Forderungen zu stellen und über die

Rechtlich steht die Bureaufraße in fast allen Bezirken vor. In Berlin, wo der Tarif für etwa 150 000 Metallarbeiter getündigt ist, hat die sozialdemokratische Ortsverwaltung von sich aus noch keine einzige Mitglieder-, Branchen- oder Betriebsversammlung einberufen, um zur Tarifbewegung oder gar zum wirklichen Kampf um den Achtstundentag Stellung zu nehmen. Nichts, aber auch gar nichts, wird von ihr getan, um eine Massenbewegung zu entfachen und Mitgliederwerbung durchzuführen. Auch hier wird in allen General- und Branchenversammlungen die Behandlung der Lohn- und Arbeitszeitfragen von den sozialdemokratischen Führern abgewürgt.
Damit ist bewiesen, daß

die reformistischen Führer
bemüht und absichtlich jede Massenbewegung zu verhindern versuchen, jede Aktivität und Kampf Stimmung der Mitgliedschaft und daher jeden Kampf im voraus unterdrücken und erdrosseln wollen. Werden dann von den Schlichtungsinstanzen, die unter solchen Umständen unter keinerlei Massendruck stehen, die mitteldeutschen Schiedsprüche gefällt, dann werden sie von der Bureaufraße zur Annahme empfohlen, weil „wegen Passivität der Tatarbeiter“ kein anderer Ausweg, kein Kampf möglich sei. Tatsächlich ist dann nach einer solchen „Vorbereitung“ die Masse im entscheidenden Moment nicht mobilisiert und meist nicht

fähig zu einem wirklichen und erfolgreichen Kampf. Die Taktik der Reformisten macht es auch unmöglich, daß die Zeit vor der Kündigung bis zum Ablauf des Tarifs zu einer Stärkung des Verbandes, zu einer wichtigen Mitglieder-Werbsaktion ausgenutzt werden könnte.

Rechtlich steht die Bureaufraße in fast allen Bezirken vor. In Berlin, wo der Tarif für etwa 150 000 Metallarbeiter getündigt ist, hat die sozialdemokratische Ortsverwaltung von sich aus noch keine einzige Mitglieder-, Branchen- oder Betriebsversammlung einberufen, um zur Tarifbewegung oder gar zum wirklichen Kampf um den Achtstundentag Stellung zu nehmen. Nichts, aber auch gar nichts, wird von ihr getan, um eine Massenbewegung zu entfachen und Mitgliederwerbung durchzuführen. Auch hier wird in allen General- und Branchenversammlungen die Behandlung der Lohn- und Arbeitszeitfragen von den sozialdemokratischen Führern abgewürgt.
Damit ist bewiesen, daß

die reformistischen Führer
bemüht und absichtlich jede Massenbewegung zu verhindern versuchen, jede Aktivität und Kampf Stimmung der Mitgliedschaft und daher jeden Kampf im voraus unterdrücken und erdrosseln wollen. Werden dann von den Schlichtungsinstanzen, die unter solchen Umständen unter keinerlei Massendruck stehen, die mitteldeutschen Schiedsprüche gefällt, dann werden sie von der Bureaufraße zur Annahme empfohlen, weil „wegen Passivität der Tatarbeiter“ kein anderer Ausweg, kein Kampf möglich sei. Tatsächlich ist dann nach einer solchen „Vorbereitung“ die Masse im entscheidenden Moment nicht mobilisiert und meist nicht

fähig zu einem wirklichen und erfolgreichen Kampf. Die Taktik der Reformisten macht es auch unmöglich, daß die Zeit vor der Kündigung bis zum Ablauf des Tarifs zu einer Stärkung des Verbandes, zu einer wichtigen Mitglieder-Werbsaktion ausgenutzt werden könnte.

Heraus zur Märzfundgebung am Sonntag, den 20. März 1927!

Stellplätze	Abmarschzeit	Stellplätze	Abmarschzeit
Zentrum I: Hohenthalplatz	10,45	Neustadt-Ost: Königsbrüder Platz	10,45
Zentrum II (Johannstadt): Dürerplatz	10,30	Neustadt-West: Riebaer Platz	10,30
Zentrum II (Altstadt): Ringstraße	10,30	Lößtau: Nostitz-Wallwitz-Platz	10,30
Striejen u. Leuben: Tolkewitzer Friedhof	9,45		



Kommunistische Partei